

**„Wir sind einfache, saubere Menschen“**  
**Aufnahme und Integration von Vertriebenen in der DDR.**  
**Ein Forschungsprojekt in der Lutherstadt Wittenberg**

Christoph Haschka und Mario Wenzel

„Und da haben sich da junge Menschen aufgehalten. Mädchen und Jungen, und die hatten alle ein Blauhemd an ... in der aufgehenden Sonne. Da hab' ich mal gefragt: ‚Was macht ihr denn hier so?‘ Und da sagte er: ‚Im April ist doch die Freie Deutsche Jugend gegründet worden‘, und wir kamen ja am zwanzigsten August 1946 hin, ‚und wir sind vom Bürgermeister aufgefordert worden, euch Umsiedler (da hörte ich das erste Mal das Wort Umsiedler, nicht Vertriebene, sondern Umsiedler) hier in die Quartiere, die euch zugewiesen wurden, einzuweisen, damit ihr euch zurechtfindet.‘ Da haben wir gesagt: ‚Donnerwetter‘. Und auch der Bürgermeister hat uns willkommen geheißen. Nach seinen besten Kräften will er uns bei der Einbürgerung helfen. Da waren wir schon erstaunt gewesen.“<sup>1</sup>

Einen solchen Empfang, wie ihn der 15jährige Alois G. aus Saaz im Sudetenland mit seiner Familie in der neuen Heimat im Wittenberger Arbeitervorort Piesteritz erlebt hatte, genossen die wenigsten Vertriebenen, die 1945/46 in der Elbestadt ankamen. Für die meisten sah die Ankunft nach strapaziöser Flucht und Vertreibung und tagelangen Transporten in überfüllten Güterzügen weit schrecklicher aus.<sup>2</sup> Denn die Aufnahme und Verteilung der im neuen SBZ-Amtsdeutsch „Umsiedler“<sup>3</sup> genannten Flüchtlinge und Heimatvertriebenen führte in der Mehrzahl über anfänglich provisorische Auffanglager, die den massiven Flüchtlingsströmen oft nicht gewachsen und in erbärmlichem Zustand waren:

„Da waren dreistöckige Betten und die waren vollgepfropft mit Flüchtlingen. Und im Keller war dann die Suppenausgabe. Da hat man schon viele Menschen gesehen, die vor Schwäche, vor Durchfall und vor Körperdiarrhöe gar nicht mehr die Kellertreppen gehen konnten. Und wir hatten uns gleich Kleiderläuse und Filzläuse aufgelesen“, berichtet die damals zwanzigjährige Marianne E. aus Nordböhmen, deren kleinerer Schwester es unter diesen Bedingungen regelrecht die Sprache verschlagen hatte: „die hatte vor nervlicher Belastung die Sprache verloren, die konnte gar nicht sprechen. Da

---

<sup>1</sup> Interview Nr. 527, Alois G., 29.10.01, S. 6. Interviews gesammelt im Lebensgeschichtlichen Archiv des Forschungs- und Dokumentationszentrums DDR-Alltagskultur und Alltagsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Teil der Projektgemeinschaft Frauen, Landwirtschaft, Umwelt und Gesellschaft, PFLUG e.V., Am Elbufer 30, 06886 Lutherstadt Wittenberg. Dieser Aufsatz beruht auf Nachforschungen des Autors im Herbst 2002 und Frühjahr 2003 bei PFLUG e.V. und im Stadtarchiv Wittenberg im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft „Integration von Heimatvertriebenen in der SBZ und DDR“ an der TU-Berlin unter Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Benz und Dr. Angelika Königseder.

<sup>2</sup> Wille, Manfred (Hrsg.): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. I: Ankunft und Aufnahme 1945. Wiesbaden 1996 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Bd. 19,1), S. 11.

<sup>3</sup> Zum Begriff „Umsiedler“ ausführlich: Schwartz, Michael: „Vom Umsiedler zum Staatsbürger“. Totalitäres und Subversives in der Sprachpolitik der SBZ/DDR“. In: Hoffmann, Dierk/Schwartz, Marita (Hrsg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), S. 409–416.

hat meine Mutter gesagt: ‚Das hat keinen Zweck, wir müssen uns schon in Wittenberg selbst umsehen, wir wollen in kein Lager mehr.‘<sup>4</sup> Familie E. bemühte sich um Wohnraum und wurde fündig. Viele andere Flüchtlinge mußten noch lange in den Aufnahmelagern ausharren, bis sie eine Wohnung zugeteilt bekamen.

Die beiden Zeitzeugenerzählungen weisen auf grundlegende Fragen hin, die sich bei der Beschäftigung mit der Ankunft und Integration der Vertriebenen in der SBZ stellen. Wie konnten die Verwaltungsbehörden der Städte, Gemeinden und Landkreise von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) bis zum Bürgermeister oder Rat des Kreises die Not der Menschen lindern und die Unterbringung der seit dem Zusammenbruch des Naziregimes immer größer werdenden Flüchtlingsströme bewerkstelligen?

Allein im 30 000 Einwohner zählenden Wittenberg sollten laut ‚Plan der Umsiedlerbetreuung der Provinz Sachsen‘ vom 23. August 1945 nahezu 15 000 Menschen aufgenommen werden. Mit zirka 10 000 Flüchtlingen am Jahresende 1945 war diese Fünfzig-Prozent-Quote schon fast erfüllt, und der Strom der Ankömmlinge war noch lange nicht versiegt.<sup>5</sup> Um den Flüchtlingsmassen Herr zu werden, wurde in Berlin am 14. September 1945 auf Befehl der sowjetischen Militäradministration eine ‚Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler‘ (ZVU) gegründet, die sich mit Außenstellen in den Ländern und einer Organisation der Flüchtlingslenkung und Betreuung bis auf Kreis- und Stadtebene der Problematik annahm.<sup>6</sup> Wie wirkte sich ihre Politik auf das alltägliche Leben der Flüchtlinge und Vertriebenen aus, und wie ging die 1946 entstandene SED mit den ‚Umsiedlerangelegenheiten‘ um?

Der neue Direktor der ZVU, der Kommunist Joseph Schlaffer, machte sogleich auf die politische Bedeutung des ‚Umsiedlerproblems‘ aufmerksam und wollte am liebsten ‚nur Antifaschisten ansiedeln‘ und ihnen Wohnraum zur Verfügung stellen, während alle anderen Vertriebenen für längere Zeit in ‚Dauerlagern‘ verbleiben sollten.<sup>7</sup> Diese ‚strenge‘ Linie ließ sich aber bei den Massen der ankommenden Flüchtlinge nicht durchhalten, und ihre Unterbringung wurde nur in den seltensten Fällen zur Gesinnungsfrage. Daher schaffte die ZVU die ausführlichen Fragebögen über Herkunft und politische Vergangenheit der Vertriebenen, die zur Ausfertigung von speziellen, diese Angaben enthaltenden ‚Umsiedlerpässen‘ dienten, im Februar 1946 wieder ab.<sup>8</sup>

Die Angestellten des im Spätsommer 1945 auf Anordnung der Provinzialregierung Sachsen vom Rat der Stadt und Bürgermeister geschaffenen ‚Dezernats für Flüchtlingswesen‘, das bald darauf nach den Richtlinien der ZVU politisch korrekt in ‚Kreisstelle für Umsiedlerbetreuung‘ umbenannt wurde, konzentrierten sich schließlich auf die reine Personalienfeststellung.<sup>9</sup>

---

<sup>4</sup> Interview Nr. 285, Marianne E., 25.11.97, S. 4.

<sup>5</sup> Wille, Bd. I, S. 107, zur Fünfzig-Prozent-Quote, vgl. auch Stadtarchiv: Umsiedlerstatistik. Stadt und Umsiedler 1945.

<sup>6</sup> Ebd., S. 231 f.

<sup>7</sup> Ebd., S. 233.

<sup>8</sup> Ebd., S. 236 f.

<sup>9</sup> Das ‚Dezernat für Flüchtlingswesen‘ (vgl. Schreiben an den Stadtkommandanten. In: Stadtarchiv: Umsiedlerstatistik. Stadt und Umsiedler 1945) oder dann die ‚Kreisstelle für Umsiedlerbetreuung‘ (vgl. Stadtarchiv: Akte 723) waren aus dem ‚Evakuiertenausschuß‘ hervorgegangen, der die aus den Großstädten evakuierten Menschen betreut und mit Wohnraum versorgt hatte; vgl. hierzu auch Bericht Ruth B., 9.3.02 bei PFLUG e.V.

Man registrierte die Ankömmlinge, stellte ihnen Pässe aus, schrieb Karteikarten für den Zentralen Suchdienst und beschlagnahmte in Stadt und Kreis Wohnraum.<sup>10</sup> Die Zuteilung von Wohnmöglichkeiten verlief nicht immer so einfach wie im Falle des erwähnten Alois G., der bei „ganz feinen Leuten“ in einem „ganz schönen Haus“ Heimstatt fand, in den Räumen von nach Hause zurückgekehrten evakuierten Bombengeschädigten aus Köln.<sup>11</sup>

Annähernd 2 000 „Evakuierte“ aus dem Rheinland und aus Berlin waren nämlich 1945/46 noch in Wittenberg beherbergt,<sup>12</sup> was die Wohnraumsituation bis zur Rückkehr in ihre Heimat noch verschlimmerte und vielen Ankömmlingen ein längeres Verbleiben in provisorischen Unterkünften wie öffentlichen Gebäuden, Schulen, Kasernen, Gasthäusern oder Barackenlagern abforderte.<sup>13</sup> Über dies hinaus wurde am Eisenbahnknotenpunkt Wittenberg ein Durchschleusungslager für „Umsiedler“ in den ehemaligen Arado-Flugzeugwerken eingerichtet, das zwar von der Provinz finanziert und geleitet wurde, aber für die Stadt ebenfalls eine zusätzliche Flut an anwesenden Flüchtlingen bedeutete.<sup>14</sup>

Der Bürgermeister mußte, um Wohnraum freizumachen, bei der Beschlagnahme mit Begründung des „durch Verschulden der nationalsozialistischen Kriegsverbrecher“ eingetretenen „Soforthilfefalls“<sup>15</sup> manches Mal mit der Polizei anrücken und Flüchtlinge „zwangseinweisen“.<sup>16</sup>

Bei der angespannten Wohnsituation konnten die Vertriebenen nicht mit allzuviel Solidarität der einheimischen Bevölkerung rechnen. Gewisse „Animositäten“ gegenüber den Fremden waren an der Tagesordnung. Selbst Alois G. bekam sie zu spüren: „Sie können hier alles benutzen, aber auf die Toiletten kann ich Sie nicht lassen. Wer weiß, wo Sie herkommen, bringen sie die Krankheit mitangeschleppt.“ Jedoch hatten sich in seinem Fall diese Probleme bald gelöst, als die Gastfamilie feststellte: „Wir sind einfache, saubere Menschen“.<sup>17</sup> Nachdem die „Neubürger“ so die Ankunfts- und Unterbringungsschwierigkeiten gelöst hatten und erste Kontakte zur einheimischen Bevölkerung geknüpft waren, kamen viele weitere Fragen der Organisation des Alltags hinzu. Lebensmittel mußten beschafft werden, vieles war rationiert, Flüchtlinge und auch Einheimische gingen auf die abgeernteten Felder, um die übriggebliebenen Früchte zu „stoppeln“, oder bettelten bei den Bauern.<sup>18</sup> Kinder klauten die Kohlen von den fahrenden Dampfzügen, um Heizmaterial für den Winter zu haben.<sup>19</sup> Kleidung und Möbel waren rar, Krankheiten verbreitet, die Familien litten oft unter der Abwesenheit einzelner vermißter Mitglieder.

Im Kreis Wittenberg bekamen einige „Umsiedler“ mit einer „Neubauernstelle“ auf zugeteiltem Boden aus ehemaligem Großgrundbesitz im Rahmen der Bodenreform die

---

<sup>10</sup> Bericht Ruth B., 9.3.02. Beschlagnahmen waren durch die Verordnung Nr. 18 des alliierten Kontrollrats vom 8. März 1946 geregelt.

<sup>11</sup> Interview Nr. 527, Alois G., S.6.

<sup>12</sup> Stadtarchiv: Umsiedlerstatistik. Stadt und Umsiedler 1945.

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Ebd. und weitere Akten zur Umsiedlerfrage im Stadtarchiv.

<sup>15</sup> Zit. nach Beschlagnahmeformular, archiviert bei PFLUG e.V.

<sup>16</sup> So zum Beispiel Interview Nr. 540, Hubert K., S. 11. Zwangseinweisungen konnten ebenfalls auf Grund der Verordnung Nr. 18 des alliierten Kontrollrats vom 8. März 1946 vorgenommen werden.

<sup>17</sup> Interview Nr. 527, Alois G., S. 7.

<sup>18</sup> Interview Nr. 285, Marianne E., S. 4.

<sup>19</sup> Interview Nr. 540, Hubert K., S. 12.

Chance, sich selbständig ein neues Leben aufzubauen.<sup>20</sup> Da viele Vertriebene keine Erfahrung mit der Landwirtschaft hatten, fiel es ihnen nicht leicht, sich so ihren Unterhalt zu erwirtschaften.

Um die Gegensätze zwischen Kernbevölkerung und „Umsiedlern“ zu mildern und die Not der Neubürger zu lindern, organisierte die SED in der ganzen SBZ „Umsiedlerwochen“. Im Februar 1948 kam es auch in Wittenberg zu einem solchen Annäherungsversuch, bei dem neben Theater-, Musik- und Kinoaufführungen und der Sammlung von Geld- und Sachspenden auch eine Einwohnerversammlung im „Haus der Einheit“ stattfand. Das Fehlen der Alteingesessenen bei dieser Aussprache mit dem Bürgermeister und die mäßigen Ergebnisse der Spendenaufrufe für die „Umsiedler“ zeugten aber von der geringen Akzeptanz dieser wohl gutgemeinten „Propagandaveranstaltung“.<sup>21</sup>

Die Neubürger hatten durch ihre fremden Gewohnheiten, Bräuche oder ihre Konfession erhebliche Probleme bei der Integration in die neue Umgebung. Das Festhalten am katholischen, sonntäglichen Kirchenbesuch brachte zudem nicht nur wegen der Minderheitsstellung gegenüber der überwiegend protestantischen Bevölkerung in der Lutherstadt, sondern auch im Gegensatz zur zunehmenden sozialistischen Ideologisierung zum Beispiel Alois G. einiges Gespött ein: „Aber, mein Gott, die Späße, die hat man dann auch bald gelassen. Ich habe mich da nicht beirren lassen.“<sup>22</sup>

Mit all diesen hier angeschnittenen Fragen und mit dem weiteren Prozeß der Integration der Vertriebenen in Wittenberg in die einheimische Bevölkerung im Zeichen der sozialistischen Gesellschaftsumwälzung beschäftigt sich das „Forschungs- und Dokumentationszentrum DDR-Alltagskultur und Alltagsgeschichte des 20. Jahrhunderts“, das im Jahr 2000 als Projekt im Rahmen der 1991 von den Historikern Dr. Christel Panzig und Dr. Klaus-Alexander Panzig gegründeten Projektgemeinschaft Frauen, Landwirtschaft, Umwelt und Gesellschaft (PFLUG e.V.) in der Lutherstadt Wittenberg begonnen wurde.<sup>23</sup>

Die ehrenamtliche Projektleiterin Dr. Christel Panzig will das Thema der Aufnahme und Integration der Heimatvertriebenen in der Lutherstadt Wittenberg für die SBZ/DDR, wo man seit der Einbindung in das osteuropäische Bündnis des „Warschauer Paktes“ die „Vertreibungen“ zum „Tabuthema“ degradiert hatte und verharmloste, beispielhaft aufarbeiten und stellt überdies die These auf, daß sich die Wittenberger Umsiedler auf Dauer durch besondere kulturelle und soziale Kompetenzen in ihrer neuen Umgebung ausgezeichnet und so das Leben in der Lutherstadt bereichert haben. Die für diese Aufgabe im Rahmen des öffentlich geförderten PFLUG e.V. auf der Basis von ABM- und SAM-Stellen forschenden Mitarbeiter, meist ehemalige Beschäftigte des großen Stickstoffwerkes in Wittenberg-Piesteritz, können auf ein seit 1994 aufgebautes, für mehrere alltags- und zeitgeschichtliche Ausstellungen bereits herangezogenes, lebensgeschichtliches Archiv zurückgreifen, das derzeit durch weitere Interviews mit ehemaligen „Umsiedlern“ ergänzt wird.

So bilden diese von geschichtswissenschaftlichen Laien unter wissenschaftlicher Leitung akribisch auf Tonband aufgenommenen und transkribierten Interviewprotokolle

---

<sup>20</sup> „Umsiedler auf eigenem Boden“. In: *Freiheit* vom 20.7.1948, einzusehen im Stadtarchiv.

<sup>21</sup> Zur Umsiedlerwoche vgl. *Freiheit* vom 17.2.48, 28.2.48, 2.3.48, 6.3.48, 13.3.48.

<sup>22</sup> Interview Nr. 527, Alois G., S. 11.

<sup>23</sup> PFLUG e.V. Konzeptionsblatt: „Damit unsere Geschichte nicht verloren geht“. Acht Jahre öffentlich geförderte Arbeit (1994–2002).

den Grundstock der Erforschung der Wittenberger „Umsiedlergeschichte“. Daneben ist im Archiv des PFLUG e.V. auch ein weiterer Fundus mit Schwerpunkt in den vierziger und fünfziger Jahren und zahlreichen Fotos und Dokumenten aus Familien- und Arbeitsalltag sowie vielen Sachzeugen wie Kleidung und Möbel aus der ganzen Periode von 1945 bis 1989 zugänglich.

Ziel des Projektes war die Ausstellung mit dem Titel: „Zweite Heimat. Flucht–Vertreibung–Integration von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg“, die von Mitte Februar bis Ende September 2004 im Wittenberger „Haus der Geschichte“, im Zentrum der Lutherstadt gelegen, gezeigt wird. Das Gebäude ist dem Verein zur Nutzung durch die Stadt überlassen und wird für Wechselausstellungen sowie zur Dauerausstellung von Wohnmilieus der vierziger bis achtziger Jahre genutzt. Die Umsiedler“-Ausstellung soll von Studenten, Examenskandidaten und Doktoranden der TU-Berlin unter Anleitung von Prof. Dr. Wolfgang Benz und Dr. Angelika Königseder vom Zentrum für Antisemitismusforschung anhand der Interviews und Archivmaterialien durch eine Begleitpublikation ergänzt werden.

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum möchte somit seine Rolle als alltagsgeschichtliches Konsultationszentrum für Universitäten und Fachhochschulen stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit rücken. Offensichtlich ist diese Veröffentlichung ihrer einst schwierigen Schicksale auch der Wunsch der Zeitzeugen, die über die damaligen Erlebnisse vor 1989 kaum reden konnten, wie Hubert K. aus Schlesien, Jahrgang 1935, meint: „Da war das Wort ‚Vertreibung‘ und ‚Aufarbeitung‘ ein Tabuthema. Man beginnt jetzt sehr offen mit dieser Problematik umzugehen. Man sagt eben auch, das war nicht in Ordnung, daß man damals die Menschen da hinausgetrieben hat.“<sup>24</sup> In diesem Jahr hat Herr K. zum ersten Mal ein Treffen mit den jetzigen Bewohnern seiner polnischen Heimatstadt organisiert. Das Bedürfnis, der Öffentlichkeit ihre Geschichte zu erzählen, bevor sie zu alt dazu sind, treibt wohl die meisten der Wittenberger Zeitzeugen dazu, noch einmal vieles genau Revue passieren zu lassen. Sie hoffen sicherlich auch auf eine gewisse Anerkennung für ihre Aufbauleistung unter den schweren Verhältnissen, in denen sie den Neuanfang nach 1945 in Wittenberg wagen mußten. Revanchegefühle oder der Wunsch nach einer Rückkehr in die alte Heimat sind kaum anzutreffen. „Vor allen Dingen will keiner dorthin zurück, auch unter den gegenwärtigen Bedingungen, die es in diesem Land gibt“, sagt der heute 68jährige Sudetendeutsche Horst P., wenn er über die Landsmannschaft spricht, in der sich viele der Vertriebenen nach der Wende zusammengetan haben: „Das haben sie eben verkraftet, es galt sich eine zweite Heimat zu schaffen, und das haben sie auch gemacht.“<sup>25</sup> Alois G., der seine Ankunft und Begrüßung im Arbeitervorort Wittenberg-Piesteritz 1946 in so guter Erinnerung hat und später eine Karriere als Elektroingenieur in leitender Stellung machte, glaubt, daß es einfach wichtig sei, „daß einmal Generationen nach uns auch echt und authentisch urteilen können.“<sup>26</sup>

Dies scheint auch das Anliegen des Wittenberger Projektes und der daran Beteiligten zu sein.

---

<sup>24</sup> Interview Nr. 540, Hubert K., S. 18.

<sup>25</sup> Interview Nr. 554, Horst P., S. 30.

<sup>26</sup> Interview Nr. 527, Alois G., S. 17.